



Karl-Heinz Ohlig

Rede- und Pressefreiheit

Immer bedroht und neu zu erkämpfen

Der indisch-britische Literat Salman Rushdie hat in diesem Jahr die Frankfurter Buchmesse eröffnet. Diese Einladung war mutig, weil Rushdie immer noch, seit 1989, von einer Fatwa des Ajatollah Chomeini, die seine Ermordung anordnet, bedroht ist. Diese Todesdrohung war eine Reaktion auf den satirischen Roman Rushdies „Die satanischen Verse“. Konsequenterweise hat der – angeblich heute gemäßigttere – Iran seine Teilnahme an der Buchmesse abgesagt. Glücklicherweise kam es nicht zu einem Anschlag.

Rushdies Ansprache hatte, für ihn beinahe zwingend, die Rede- und Pressefreiheit zum Thema, die er für ein fundamentales Menschenrecht hält: „Redefreiheit sollte wahrgenommen werden wie die Luft: als selbstverständlich“. Ohne sie seien alle anderen Freiheiten bedroht. Er beklagte die Einschränkungen dieser Freiheit durch religiösen Fanatismus und Intoleranz innerhalb des Islam, sieht sie aber auch gefährdet durch die im Westen heute verbreitete und beinahe zwanghaft normative *political correctness*. Diese verhindert oder erschwert die Publikation islamkritischer Aussagen, die zudem zu ihrer effektiveren Bekämpfung von Gutmenschen und Multikultivertretern automatisch als rechtslastig oder wenigstens als islamophob verdächtigt werden.

Die Rede- und Pressefreiheit wird heute vor allem – aber nicht nur – in islamischen Ländern unterdrückt, selbst in Staaten wie in der Türkei, die längere Zeit als „liberaler“ galten, ist sie mehr als bedroht. In Europa bzw. im Westen ist sie nach langen und intensiven Auseinandersetzungen und Kämpfen prinzipiell durchgesetzt.

„Prinzipiell“ soll heißen, dass sie nicht uneingeschränkt gilt. So wurde z.B. unsere Zeitschrift *imprimatur* – mit einem Namen, der satirisch auf die kirchliche Druckerlaubnis verweist – vor 48 Jahren gegründet, weil damals die kirchliche Presse und kirchliche Verlage kritische Beiträge nicht veröffentlichen wollten (oder durften), woran sich bis heute nur in Ausnahmefällen etwas geändert hat. Immerhin hatte diese Gründung keine kirchlichen Verfahren nach sich gezogen; außer nur schwer nachweisbaren beruflichen Nachteilen für einige Mitarbeiter wurde nur einer von uns wegen einer satirischen Zeichnung aus seinem Priesteramt gedrängt.

Schwerer haben es Theologen oder Professoren, die durchaus Sanktionen auf sich ziehen können, wenn sie abweichende Meinungen vertreten – was vor allem fatalerweise zu einem „vorausseilenden Gehorsam“ führen kann: man versucht, nur noch Systemkonformes zu publizieren. Dies wirkt sich besonders auf die theologischen Nachwuchskräfte aus, die aufpassen müssen, nicht die von der Amtskirche gesetzten Vorgaben zu verletzen, wenn sie noch eine Berufschance haben wollen. Deswegen verzichten viele, oft die besten, lieber auf diesen Berufsweg und wenden sich anderen Wissenschaften zu – mit der Folge, dass bei der Neubesetzung von Lehrstühlen nur noch seltener originelle und wissenschaftlich kompetente Kandidaten zu finden sind.

Aber solche Einschränkungen gibt es nicht nur in der katholischen Kirche, auch andere ideologische Organisationen setzen Grenzen, zumindest für die bei ihnen abhängig Beschäftigten. Diese können nur von Leuten überschritten werden, die ein Risiko eingehen.

Nun muss man einräumen, dass einer Ideologie und bestimmten Idealen verpflichtete Großorganisationen durchaus von ihren Mitarbeitern ein positives Engagement in ihrem Sinn erwarten können. Gegner der spezifischen Ziele in den eigenen Reihen wären kontraproduktiv.

Hier gibt es einen echten Konflikt zwischen Redefreiheit und den eigenen Zielen, der ausge- tragen werden muss. Nur scheint es so zu sein, dass viele als „Gegner“ bzw. „untragbar“ Cha- rakterisierte ihre abweichende Haltung – das gilt in der Regel z.B. für fast alle Theologen - ge- rade nicht aus einer Gegnerschaft heraus vertreten, sondern aus einer besseren Kenntnis dessen, was z.B. „Kirche“ oder Christentum ausmachen sollten, was abzuwerfender Ballast ist oder sich sogar gegen die eigenen Ideale richtet. Abweichende Meinungen werden oft aus ei- nem starken positiven Engagement heraus vertreten. Das Gespür für solche Sachverhalte scheint den meist sehr eindimensionalen, oft schlichten Verantwortlichen zu fehlen.

Die Ausübung der Rede- und Pressefreiheit erfordert also weiterhin oft persönlichen Mut und Risikobereitschaft. Das wird sich wohl grundsätzlich niemals gänzlich vermeiden lassen, weil es das Paradies auf Erden noch nicht gibt. Wichtig aber ist, dass unsere westlichen pluralisti- schen Gesellschaften und Rechtsordnungen einen Rahmen vorgeben, der die Rede- und Pres- sefreiheit garantiert und so eine Berufungsinstanz in Konfliktfällen bietet.

Allerdings scheint dieser gesetzliche Rahmen durch die oft aus besten Absichten erwachsene *political correctness* in Gefahr zu geraten. Diese mag sich auf eine Reihe von Problemfeldern beziehen, bei denen alternative Meinungen repressiv behandelt werden. Das wichtigste und für ein gedeihliches Miteinander abträglichste dieser Problemfelder scheint der Umgang mit dem Islam zu sein, der gerade jetzt und in der weiteren Zukunft durch den starken Zuzug von islamischen Flüchtlingen eine immer größere Rolle spielt.

Es scheint nicht zu genügen, dieses Thema auszuklammern und lediglich zu postulieren, dass sich alle, die auf Dauer hier bleiben möchten, das Grundgesetz und europäische Werte – z.B. im Verhältnis von Frauen und Männern, bezüglich der Trennung von Religion und Poli- tik/Gesellschaft, Toleranz usw. – anerkennen müssen. Dabei wird übersehen, dass solche Ver- haltensweisen nur möglich werden, wenn auch die mitgebrachten (unterschiedlichen) isla- mischen Vorstellungen kritisch befragt werden. Gerade aber diese notwendige historisch- kritische Auseinandersetzung wird aus Gründen der *political correctness* tabuiert. Man darf durchaus die Verhältnisse in islamischen Ländern, ihre politischen Führer, Gruppierungen, Terrororganisationen usw. kritisieren, aber die grundlegenden Fragen nach der Religion selbst, ihren Bezugspersonen und Normen, damit also nach der eigenen Geschichte, dürfen nicht problematisiert werden – obwohl gerade davon die Integrationsperspektiven abhängen. Diese Problematik reicht tiefer als die vorher erwähnten sozialpsychologischen Einschrän- kungen von Rede- und Pressefreiheit durch Großorganisationen. Hier scheint „das Prinzip“ selbst in Frage zu stehen.